

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verleger: Gemeinnützige 25 241.
Für Nachdruck: 200 11.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung von Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: 1. bis 3. Spalte 30 Pfg., 4. bis 6. Spalte 20 Pfg., 7. bis 9. Spalte 15 Pfg., 10. bis 12. Spalte 10 Pfg.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariestraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Vollständ. Karte 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit bewilliger Quotenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Exemplare werden nicht aufbewahrt.

Clond George gegen den Versailler Vertrag.

Freundliche Aufnahme der Rede Chamberlains in der englischen Presse. Unerhörte Mißhandlungen eines Jungdeutschen durch Franzosen im besetzten Gebiet. — Hindenburg über Jarres.

Macdonald verteidigt das Genfer Protokoll.

London, 25. März. Clond George, der nach der ausführlich gemeldeten Rede Chamberlains das Wort ergriff, drückte die Befürchtung aus, daß Chamberlain in seiner oder durch seine Rede in Genf den falschen Eindruck erweckt habe, daß die britische Regierung dem Grundsatze des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens völlig feindlich gegenüber sei. Es sei nicht eine einzelne Frage, die einen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich hervorrufen könnte, falls sie bereit sein würden, den Konflikt an ein Schiedsgericht gemäß dem Protokoll zu überweisen. Das Protokoll sei nur im Interesse der Politik der französischen Regierung. Es sei ein Versuch, England zur Aufrechterhaltung des Status quo zu verpflichten. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß der Beschluß bezüglich Überwindung des Vertrauens des Völkerbundes in großem Maße verurteilt habe. Es sei von vitaler Bedeutung, daß auch Deutschland und die Vereinigten Staaten sich an diesem Vertrage beteiligten.

Clond George.

der hierauf das Wort ergriff, erklärte, er habe niemals eine vollständige und beständige Anlage gegen den Versailler Vertrag und die verschiedenen kleineren Verträge, die nach ihm entworfen oder im Geiste des Versailler Vertrages behandelt wurden, gehört, als die Anlage, die er soeben von Clond George gehört habe. Das deutsche Auge sei laufe nur darauf hinaus, daß Deutschland die Bestrebungen parieren wolle und bereit sei, die an den Differenzen bestehenden Probleme einer schiedsgerichtlichen Lösung zu überweisen. Es bestehe die Gefahr, daß die anderen Mächte in Europa mit den kleineren Mächten Gruppen bilden. Auf diese Weise würde man zu dem Wächtergesetz zurückkehren. Macdonald zweifelte daran, ob ein Krieg aus einem direkten Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland über die Grenzprobleme entstehen würde. Macdonald fragte, ob ein allgemeiner Schiedsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland vorhanden sei, an dem sich England beteiligen würde, oder werde das Schiedsverfahren nur für die besonders bezeichneten Grenzprobleme hauptsächlich im Osten Verwendung finden? Macdonald verteidigte hierauf im einzelnen das Protokoll und sagte, es werde keine andere Sicherheit in Europa geben als die Grundlage des Protokolls, daß die drei Hauptdinge, Abrüstung, Sicherheit und Schiedsgericht enthalte. Das liberale Parlamentarismuskomitee

Affler

erklärte, seiner Ansicht nach würde es nicht ratsam sein, das Protokoll anzunehmen, und zwar angesichts einiger Schwierigkeiten mit Bezug auf Amerika und die britischen Dominions sowie angesichts der Tatsache, daß Deutschland und Rußland weiterhin außerhalb des Protokolls ständen. (W. T. B.)

Chamberlains Rede im Urteil der Presse.

Großbritannien unterstützt Deutschlands Friedensplan.
London, 25. März. Die englischen Blätter, die die Rede Chamberlains sehr günstig besprechen, haben besonders hervorgehoben, daß Chamberlain die deutschen Vorschläge ehrlich und aufrichtig nennt und daß er in ihnen eine Grundlage für einen wahren Frieden und eine wahre Sicherheit sieht.

Der Parlamentsberichterstatter der „Daily Mail“ bezeichnet Chamberlains Rede als die beste Unterhausrede der letzten Jahre über auswärtige Angelegenheiten und betont, der Außenminister habe den deutschen Vorschlägen namens der britischen Regierung seinen Segen gegeben. — In der „Bestminster Gazette“ heißt es: Frankreich könne keine bessere

Sicherheit haben als die Annahme der neuen Grenzen des Versailler Vertrages durch Deutschland. Es könnten wenig Zweifel bestehen, daß die Regierung die Unternehmung des Landes bei der Verfolgung ihrer Unternehmungen haben werde. Das seit dem ersten Male der Öffentlichkeit näher bekanntgewordene deutsche Angebot scheint noch viel mehr versprechend zu sein als zuerst angenommen wurde. — „Daily Telegraph“ schreibt: Die wichtigste Stelle der Rede Chamberlains war die Mitteilung über das deutsche Angebot, das von einer Größe sei, wovon die Öffentlichkeit Englands wenig ahnte. Zum ersten Male sei aus Berlin eine Erklärung mit Bezugnahme auf die Meinungsänderung gekommen. In ganz Westeuropa sei hierdurch eine hoffnungsvolle Lage geschaffen worden. Hier sei etwas, was endlich eine vernünftige Hoffnung auf Regelung biete. Es verleihe sich von selbst, daß die britische Regierung alles tun werde, was in ihrer Macht liege, um diese Hoffnungen und Erwartungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Das Wort drückt die Hoffnung aus, daß Deutschland von allen anderen Mächten in demselben Geiste begegnet werde, mit dem ihm von Seiten der britischen Regierung entgegenzukommen werde. — „Daily Express“ bringt die folgende Ueberschrift: „Großbritannien unterstützt Deutschlands Friedensplan.“

Um Deutschlands Völkerbundsbeitritt.

Clond George berichtet der „Dresdner Nachrichten“.
Die Regierung zu einem Aufnahmevertrag bereit?
Berlin, 25. März. Der „Tagesanzeiger“ erzählt aus Genf den Einwand einer deutschen Rückfrage auf den Beschluß des Völkerbundsrates. Die deutsche Rückfrage sei sofort den Ratemächten bekanntgegeben worden. Man versichere, daß Deutschland zur Erlangung eines Aufnahmevertrages sich nicht entschließen sei. Auch die Desinteressementur verbreitet die Nachricht von der Angabe der deutschen Beitrittswilligkeit. In kürzester Frist das Gesuch an den Völkerbund zu richten.

In alledem Sinne schreibt das Pariser „Journal des Debats“, seit einigen Tagen lägen hoffnungsvolle Nachrichten aus Genf und Berlin vor, die deutsche Regierung scheine entschlossen, sich für eine Annahme in den Völkerbund zu erklären. Eine einzelne Befürchtung bestehe noch, die in der Reichspräsidentenwahl in Deutschland ihre Begründung habe.

Benehms Bedingungen.

London, 25. März. Es wird ganz bestimmt versichert, daß Benech in seiner Unterredung mit Herrlot sich bereit erklärt habe, seinen alten Standpunkt aufzugeben, und für den deutschen Sicherheitsantrag einzutreten. Als Begründung hierfür wird gesagt, er habe guten Grund für die Annahme, daß Deutschland keine Retikation der tschechischen oder der dänischen Grenzen zu beantragen beabsichtige, sondern nur der polnischen. Dies sei Grund genug für seinen Meinungsänderung. Allerdings habe er hinzugefügt, daß seine Regierung vier Bedingungen an ein Inachthandeln an Deutschland machen würde, und zwar:

- 1. daß der Pakt als eine Ausführung des Versailler Vertrages betrachtet werde;
- 2. daß Deutschland dem Völkerbund bedingungslos beitrete;
- 3. daß in dem Pakt kein Unterschied zwischen westlicher und östlicher Grenze erwähnt werde, und
- 4. daß der Pakt ein absolutes Veto gegen eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland enthalten müsse.

Französische Bestialität.

Ein Jungdomann in Untersuchungshaft im besetzten Gebiet.

Berlin, 25. März. Aus Bochum wird gemeldet, daß am 21. März dort ein 19jähriger junger Mann namens Holland verhaftet wurde, weil er das Abzeichen des Jungdeutschen Ordens trug. Holland stammt aus dem besetzten Gebiet, war seit der Besetzung noch nicht im besetzten Gebiet gewesen und wußte nicht, daß das Tragen derartiger Abzeichen von den Franzosen verboten ist. Er wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Dort haben ihn französische Kriminalpolizisten unter Führung eines Offiziers (!) namens Müller in der unmenschlichsten Weise gemißhandelt.

Unter anderem wurde ihm ein Gummihandschuh, in dem eine Stahlstange eingelassen war, wiederholt derart über die Augen geschlagen, daß er nicht mehr sehen konnte. Als er danach zusammenbrach, wurde er an den Ohren wieder emporgeworfen, daß die Ohrschmelze beinahe abgerissen wurde. Darauf wurden seine Hände mit den Nägeln auf dem Rücken zusammengeklemmt. In dieser Stellung hat man ihn die ganze Nacht hindurch sich selbst überlassen. Durch die Bestialität ist die Gasse an den Handgelenken völlig abgerissen. Holland hat infolge dieser unmenschlichen Behandlung einen völligen Nervenzusammenbruch erlitten.

Die Heldenlilien der Besatzungstruppen.

Berlin, 24. März. Dem Reichstag ist eine dritte Denkschrift über die Ausbreitungen der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet zugegangen, die im Januar 1925 abgeschlossen ist. Im allgemeinen sind nur die wichtigsten Fälle aufgenommen worden. Die tatsächlich vorgekommene Zahl der Ausbreitungen ist erheblich größer. Als Beispiel sind in der Zeit vom 11. Januar 1923 bis 1. August 1924 als Mißhandlungen oder Maßnahmen der Besatzungstruppen insgesamt 740 Personen körperlich verletzt worden, darunter 137 tödlich. Unter den 137 Getöteten war eine große Anzahl Familienväter und Ernährer von Familienangehörigen. Dabei kommt in Betracht, daß ein erheblicher Teil der Fälle überhaupt nicht zur Kenntnis der Behörden gelangt.

Uebergriffe der Faschisten.

Rom, 25. März. Erst heute wird bekannt, daß am vorigen Sonntag gelegentlich der Feier des sechsten Jahrestages der Gründung des Faschismus in Faenza etwa 20 Personen verprügelt und verwundet wurden, weil sie nicht rechtzeitig vor dem Festzuge ihren Hut gelüftet hatten. Nach dem Festzuge erstürmten die Schwarzhäutigen Vereinstokale und auch manche Privatwohnungen ihrer Gegner, darunter das Vereinslokal der italienischen Volkspartei und schlugen darin alles kurz und klein. Der Bischof von Faenza hat in einem Telegramm an den Unterrichtsminister und an das päpstliche Sekretariat gegen dieses Gebahren protestiert. (W. T. B.)

Ernst von Borfig über den Wirtschaftsfrieden.

Chemnitz, 25. März. Auf der 29. Hauptversammlung des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie in Chemnitz hielt der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Geheimrat Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Ernst v. Borfig eine bedeutende Rede, in der er darauf hinwies, daß das vornehmste Ziel der Arbeitgeberverbände nicht persönliche Interessen, sondern den Nutzen der deutschen Industrie und des deutschen Wirtschaftslebens im Auge haben müsse. Es müsse wieder wirtschaftlicher Frieden einziehen, zwischen den an der Produktion Arbeitenden. Ein wirtschaftlicher Frieden müsse einziehen nicht im Sinne einer wirtschaftlichen Unterdrückung, sondern aus der Erkenntnis geboren, daß höchste Leistung der Wirtschaft nur zu erreichen sei, wenn alle ein gemeinsames Ziel verfolgten. Nur dann könne die deutsche Wirtschaft wieder ihren früheren Platz auf dem Weltwirtschaftsmarkt erringen. Es werde und müsse immer Kampf geben im Leben, aber die Mittel des Kampfes müßten edlere sein und die Opfer gewisser persönlicher Interessen müßten abgebracht werden. Einigkeit sei das höchste Gebot!

Gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Berlin, 24. März. Der Reichsausschuß Land- und forstwirtschaftlicher Unternehmer - Verbände hat eine Entschloßung gefaßt, in der die Reichsregierung auf die schweren Gefahren aufmerksam gemacht wird, die gerade dem deutschen landwirtschaftlichen Kleinbesitz, wie er im Gemüse-, Obst- und Weinbau vorwiegend verkörpert ist, aus einer weiteren Gültigkeit der Bestimmungen des deutsch-spanischen Handelsvertrages drohen. Die daraus zu erwartende Proletarisierung der intensiven Teile der landwirtschaftlichen Betriebe bedeutet eine Gefährdung und Verschlechterung auch der Lage der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer. Es wird von der Reichsregierung erwartet, daß sie alle Maßnahmen trifft, die geeignet seien, die diesen Betriebsmengen drohenden Gefahren abzuwenden, und besonders dafür Sorge zu tragen, daß die Spanien gewährten Vergünstigungen nicht in den anderen Handelsvertragsverhandlungen ihre Auswirkung finden.

Protest der Industriellenvereinigung gegen den deutschen Garantievorschlag.

Leipzig, 24. März. Die in Leipzig abgehaltene Tagung der Deutschen Industriellenvereinigung nahm Stellung zu dem bekannten Sicherheitspakt, der in seiner Auswirkung als leichter und schwerer Schlag gegen die deutsche Ehre gelten müsse. In einer Entschloßung werden alle Wirtschaftsorganisationen zu einer gemeinsamen Protestkundgebung bei der Regierung und den parlamentarischen Instanzen aufgefordert. Gegen die freiwillige Preisgabe unserer unverzichtbaren Ansprüche auf geraubten deutschen Boden müsse schärfster Widerspruch erhoben werden.

Die Anlage der Eisenbahngelder.

Berlin, 24. März. Zwischen der der Reichsbahn-Aktien-Gesellschaft nachstehenden Verkehrs- und Kreditbank und der Reichsbank ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die Verkehrsbank ihre Geldpolitik in ständiger Einvernehmen mit der Reichsbank zu führen verpflichtet ist, ferner, ebenso wie die anderen Banken, regelmäßig Monatsbilanzen zur Einsicht vorzulegen und sich in stärkerem Umfang an dem von der Reichsbank geförderten Privatbankverkehr beteiligt. (W. T. B.)

Spekulation mit Baumaterial.

Elberfeld, 24. März. Die Stadtverordneten beschloffen, die Regierung zu ersuchen, ihr Augenmerk auf die Vorgänge am Baumaterialienmarkt zu richten und zu verhindern, daß die Preise der Baumaterialien zu schwindender Höhe steigen und die gelblichen Opfer, die Reich, Länder und Gemeinden für den Wohnungsbau gebracht haben und noch bringen, sakrilegisch gemacht werden. Hier müsse die Regierung mit fester Hand durchgreifen. (W. T. B.)

Amerika gegen das deutsch-französische Kalifornien.

New York, 24. März. Associated Press meldet aus Washington, daß die Senatoren Harris, Georgia und Kellogg einen formellen Widerspruch gegen das Verhalten des deutschen Kalifornien überreichten. Harris sagte, Kellogg würde diese Frage im Handelsministerium zur Sprache bringen mit dem Bemühen, Abhilfe zu schaffen. Harris behauptet, daß das Kalifornien willkürlich den Preis um 5 bis 6 Dollar pro Tonne erhöht habe. Dies geschehe hauptsächlich auf Kosten des amerikanischen Farmers. Harris verlangt von Kellogg, er solle einen Druck ausüben, um die Preise herunterzulenken. In einer Unterredung mit Kellogg betonte er noch die Möglichkeit Amerikas in der Frage der Kriegsschulden, sowohl Frankreich wie auch Deutschland (!) gegenüber, und er bestand darauf, daß diese Regierungen sich dafür erkenntlich zeigen sollten, indem sie unverünftige Preistreibereien mit solchen Produkten verhindern, welche nach Amerika ausgeführt werden. (W. T. B.)

Rotterdam, 24. März. Wie die „Daily Mail“ meldet, haben sich die englischen Handelskammern in London, Glasgow und Liverpool in gleichlautenden Entschloßungen an das Handelsministerium für die Aufrechterhaltung der 26prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren ausgesprochen.